



ZdK

Zentralkomitee  
der deutschen Katholiken

**A1NEU**

# Antrag

**Initiator\*innen:**

**Titel:** Europäischer Katholikentag 2026

## Antragstext

1 Die Versammlung möge beschließen:

2 **Initiativantrag an die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen**  
3 **Katholiken**  
4 **am 23./24. November 2018**

5 **Katholikentag mit Schwerpunkt Europa 2026**

6 Die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK)  
7 beauftragt das Generalsekretariat, die Planungen für einen Katholikentag mit  
8 Schwerpunkt Europa im Jahr 2026 in Gang zu bringen. Ein gemeinsamer  
9 Katholikentag mit Schwerpunkt Europa bietet die Chance, das Zusammenleben in  
10 Europa zu fördern sowie Brücken zwischen den Menschen und Nationen zu bauen.

11 Die katholische Kirche kann auf Weltebene auf einen reichen Erfahrungsschatz bei  
12 der Durchführung internationaler Begegnungen zurückgreifen, wie etwa den  
13 Weltjugendtag. Insbesondere in Deutschland verfügt die katholische Kirche  
14 darüber hinaus über ein gut nutzbares Maß an Kompetenzen und Fähigkeiten in der  
15 Organisation von Katholikentagen und Ökumenischen Kirchentagen.

16 Die Vollversammlung beauftragt das Generalsekretariat, Gespräche mit der  
17 Kommission der Europäischen Bischofskonferenzen (COMECE) und mit den  
18 Partnerorganisationen des katholischen Laienapostolats in anderen europäischen  
19 Ländern die konkreten Planungen für einen Katholikentag mit Schwerpunkt Europa  
20 im Jahr 2026 zu führen. Dadurch soll das katholische Laienapostolat auf

21 europäischer Ebene strukturell auch langfristig gestärkt werden.

22 Falls sich im Lauf der Planungen herausstellt, dass es aus organisatorischen,  
23 kirchenpolitischen oder inhaltlichen Gründen sinnvoll wäre, einen Ökumenischen  
24 Kirchentag in Europa ins Auge zu fassen, sollen dazu weitere Vorüberlegungen  
25 angestellt werden. Der Vollversammlung ist bis zum 23./24. April 2021 ein erster  
26 Zwischenbericht zu geben.

## **Begründung**

*Der Initiativantrag kann erst jetzt eingebracht werden, da sich die Mitgliederversammlung des Landeskomitees der Katholiken in Bayern soeben am 16./17. November 2018 in Regensburg ausführlich mit den aktuellen Entwicklungen des europäischen Einigungsprozesses befasste. Dazu verabschiedete das Landeskomitee, dem außer uns Antragstellern weitere zahlreiche Mitglieder des ZdK angehören, eine Stellungnahme, in der sich die Mitglieder des Landeskomitees einstimmig für die Durchführung eines Europäischen Katholikentages bis zum Jahr 2026 aussprechen.*

*An den Beratungen nahm auch der Vorsitzende der Kommission der Europäischen Bischofskonferenzen (COMECE), Erzbischof Jean-Claude Hollerich SJ von Luxemburg, teil. Die Anwesenden unterstrichen das große Potential, das die katholische Kirche als global player in den europäischen Einigungsprozess einbringen kann. Dadurch leistet die Kirche ihren Beitrag, damit Spannungen in Europa abgebaut, nationalistische und populistische Strömungen überwunden, der Wert von Demokratie geschätzt sowie die Prinzipien eines funktionierenden Sozialstaates, nämlich Personalität, Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit in den Vordergrund gerückt werden.*

*Die weitere positive Entwicklung Europas wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, Nationalismen, Ängste und reale Benachteiligungen abzubauen und das Vertrauen in ein starkes Europa aufzubauen, das sich nicht selbst genug ist, sondern über den eigenen Tellerrand hinausblickt und zum Vorbild einer Staatengemeinschaft auch für andere Kontinente auf unserer Welt wird.*



ZdK

Zentralkomitee  
der deutschen Katholiken

A2NEU

# Antrag

**Initiator\*innen:** Lisa Singer

**Titel:** Mehr Mitbestimmung ermöglichen

## Antragstext

1 Die Versammlung möge beschließen:

### 2 **Freiheit als Grundmotiv**

3 Die Freiheit ist ein Grundmotiv der jüdisch-christlichen Tradition. In  
4 zahlreichen Narrativen des Alten Testaments erfährt der Mensch das befreiende  
5 Einwirken Gottes in politische und soziale Verhältnisse: Diese Erfahrung wird  
6 besonders im Exodus-Geschehen offenbar. Darüber hinaus ist die Freiheit jeder  
7 Person im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert. Freiheit ist für  
8 uns nicht nur die Abwesenheit von Zwängen, sondern auch das Vermögen und die  
9 Macht, das Leben selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu gestalten. Zur  
10 Freiheit gehört somit auch die Möglichkeit der Teilhabe unbedingt dazu, denn  
11 Teilhabe ist Gestaltungsmacht. Politische Beteiligung kann im demokratischen  
12 System der Bundesrepublik Deutschland in verschiedenen Formen erfolgen. Ein  
13 wichtiges Instrument der politischen Beteiligung sind die Wahlen von  
14 Repräsentant\*innen in die jeweiligen Parlamente. Die Festlegung eines Wahlalters  
15 schließt Menschen aus und beschneidet sie in ihrer Freiheit.[\[1\]](#)

### 16 **Kinder und Jugendliche haben eine Stimme**

17 Das politische Interesse junger Menschen zeigt sich zunehmend. Der globale  
18 Einsatz für mehr Klimaschutz, die Demonstrationen gegen die EU-  
19 Urheberrechtsreform oder das Engagement für mehr Europa und gegen das Sterben  
20 auf dem Mittelmeer werden von jungen Menschen organisiert oder mitgetragen. Auch  
21 das Engagement junger Menschen für das Gemeinwohl, beispielsweise durch soziale  
22 Aktionen in den Jugendverbänden oder das bürgerschaftliche Engagement in den

23 Freiwilligendiensten spiegelt einen verantwortungsvollen Umgang junger Menschen  
24 mit gesellschaftspolitischen Themen. Dass Menschen unter 18 Jahren auch in Form  
25 von Wahlen konkrete Politik mitgestalten wollen, zeigen die regelmäßig  
26 stattfindenden U18-Wahlen. Anlässlich der Bundestagswahl 2017 nahmen knapp  
27 220.000 Kinder und Jugendliche an einer U18-Wahl des Deutschen  
28 Bundesjugendringes teil.[\[2\]](#) Das Engagement junger Menschen und die hohe  
29 Wahlbeteiligung bei den U18-Wahlen zeigen, dass Kinder und Jugendliche  
30 politikinteressiert sind und ihre Meinung vertreten wollen.

### 31 **Eine Frage der Generationengerechtigkeit**

32 Wahlen sind ein demographischer Spiegel der Gesellschaft – Menschen, die ihr  
33 Wahlrecht für sich wahrnehmen, repräsentieren auch ihre Alterskohorte. Das  
34 Problem liegt darin, dass ein Großteil der Gesellschaft, u. a. alle jungen  
35 Menschen, die zum Zeitpunkt der Wahl noch nicht 18 Jahre sind, ausgeschlossen  
36 werden. Es ist davon auszugehen, dass bei der kommenden Bundestagswahl 2021 mehr  
37 als die Hälfte der Wähler\*innen älter als 55 Jahre sein wird und somit diese  
38 Alterskohorte die absolute Mehrheit stellen könnte.[\[3\]](#) Diese Generation hat  
39 somit einen großen Einfluss auf die aktuellen und zukünftigen politischen  
40 Entscheidungen. Dem gegenüber bleiben die Bedürfnisse und Interessen der  
41 Menschen unter 18 Jahren bei Wahlen immer außen vor, obwohl sie von den  
42 Ergebnissen und Folgen massiv betroffen sind. Die Mitbestimmung junger Menschen  
43 ist mit Blick auf die Generationengerechtigkeit dringend notwendig.

### 44 **Mitbestimmung als Grundlage**

45 Aus Überzeugung sind die Strukturen des ZdK demokratisch organisiert. Echte  
46 Partizipation bedeutet für uns auch die Möglichkeit der Mitbestimmung. In  
47 unseren Verbänden und Gremien sind auch junge Menschen unter 18 Jahren  
48 selbstverständlich beteiligt. In den Verbänden wählen junge Menschen ihre  
49 Leitungsgremien direkt und können entscheidend Einfluss auf die inhaltliche  
50 Ausrichtung ihres Verbandes nehmen. Auch in der demokratischen Struktur der  
51 Lai\*innenräte liegt die Altersgrenze für das aktive Wahlrecht unter 18 Jahren.

52 Aus den genannten Gründen setzen wir uns für mehr politische  
53 Mitbestimmungsmöglichkeiten junger Menschen ein und fordern:

- 54 • **Teilhabe junger Menschen am politischen Geschehen ermöglichen und das**  
55 **Wahlalter auf allen Ebenen auf mindestens 16 Jahre absenken.**  
56 Die anstehende Wahlrechtsreform muss für die notwendige Änderung genutzt  
57 werden. Bereits bei einer möglichen Kommission zur Veränderung der  
58 Wahlordnung des Deutschen Bundestages müssen junge Menschen unter 18

59 Jahren beteiligt werden.Grundsätzlich darf eine Beteiligung junger  
60 Menschen und das aktive Wahlrecht aber nicht durch willkürliche  
61 Altersgrenzen eingeschränkt werden, sondern junge Menschen müssen aktiv in  
62 politische, gesellschaftliche und kirchliche Entscheidungsprozesse  
63 eingebunden werden und dazu befähigt werden, ihre Meinung einzubringen.

64 • **Politik muss zugänglicher werden.**

65 Verstehen ist eine Grundvoraussetzung für Partizipation. Solange nicht  
66 alle Menschen die politischen Diskussionen verstehen können, ist ihnen  
67 auch eine Beteiligung und Teilhabe nicht in vollem Umfang möglich.  
68 Insgesamt braucht es wirksame, altersgerechte und bedürfnisorientierte  
69 Informations-, Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten. Entsprechend  
70 müssen Politiker\*innen und Parteien ihre Arbeit in verständlicher Sprache  
71 darstellen, sodass alle Menschen sie verstehen können. Außerdem ist  
72 politische Bildung sowohl im schulischen als auch im außerschulischen  
73 Bereich weiter zu stärken.

74 • **Partizipation und Teilhabe nicht nur auf Wahlen beschränken.**

75 Auch an anderen Orten in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen  
76 müssen entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden, um den Mehrwert von  
77 echter Partizipation bereits in frühem Alter erfahrbar zu machen.  
78 Entsprechende Angebote müssen gefördert und gestärkt werden.

79 [\[1\]](#) Vgl. aej und BDkJ (Hrsg.), Gemeinsames Sozialwort der Jugend, S. 8-11.

80 [\[2\]](https://www.dbjr.de/artikel/die-kinder-und-jugendwahl-u18/) Vgl. <https://www.dbjr.de/artikel/die-kinder-und-jugendwahl-u18/>

81 [\[3\]](#) Vgl. Stiftung Marktwirtschaft, Demographie als Herausforderung für die  
82 Demokratie, S. 6.



ZdK

Zentralkomitee  
der deutschen Katholiken

**A4NEU**

# Antrag

**Initiator\*innen:**

**Titel:** Mindestlohn

## Antragstext

1 Die Versammlung möge beschließen:

2 **Mindestlohn armutsfest machen**

3 Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken unterstützt die Mindestlohn-Petition  
4 der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands und fordert alle  
5 Katholikinnen und Katholiken zur Unterzeichnung auf.

## Begründung

Soziale Gerechtigkeit ist ein Kernanliegen der Soziallehre der Kirche. In allen Sozial-Enzykliken ist eine gerechte Ausgestaltung der Löhne, die eine ausreichende Teilhabe gewährleisten, eingefordert. Der Mindestlohn setzt eine solche Untergrenze, die aber auch angemessen sein muss. Nach neuesten Untersuchungen gewährleistet der aktuelle Mindestlohn in Deutschland nur 45,6 % des Medianeinkommens (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 55 Februar 2020, WSI Mindestlohnbericht 2020, S. 8). Nach Festlegungen in der EU werden 60 % als Armutsschwelle angesehen, die in Deutschland damit deutlich unterschritten werden.



ZdK

Zentralkomitee  
der deutschen Katholiken

**A6NEU**

# Antrag

**Initiator\*innen:**

**Titel:** Lieferketten

## Antragstext

1 Die Versammlung möge beschließen:

### 2 **Wirksames Lieferkettengesetz noch in dieser Legislaturperiode**

3 Die ZdK-Vollversammlung fasste im November 2019 bereits einen Beschluss, mit dem  
4 sie die Bundesregierung dazu aufforderte, ein Lieferkettengesetz auf den Weg zu  
5 bringen. Im Juli 2020 wurden die Voraussetzungen, die die Regierung im  
6 Koalitionsvertrag für die Einführung eines Lieferkettengesetzes genannt hatte,  
7 erfüllt:

8 Die Ergebnisse des „Monitorings der Bundesregierung im Rahmen des Nationalen  
9 Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte“ (NAP-Monitoring) ergaben, dass nur  
10 22 Prozent der befragten Unternehmen ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen.

11 Da die großen deutschen Unternehmen in ihrer Mehrheit bisher nicht bereit sind,  
12 die Einhaltung der Menschenrechte in ihren Lieferketten von der  
13 Rohstoffgewinnung bis zur Endfertigung zu gewährleisten, bekräftigt und  
14 erweitert das ZdK seine Forderungen nach einem wirksamen Lieferkettengesetz.

15 Als Christ\*innen sehen wir die Notwendigkeit, die gesamte Wirtschaftspolitik so  
16 zu gestalten, dass die Würde jedes Menschen und das Gemeinwohl in allen  
17 Prozessen im Mittelpunkt stehen. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken  
18 fordert die Bundesregierung dazu auf, noch in dieser Legislaturperiode ein  
19 wirksames Lieferkettengesetz zu verabschieden.

20 Ein wirksames Gesetz muss

- 21 • alle in Deutschland ansässigen oder geschäftstätigen Unternehmen mit mehr  
22 als 500 Mitarbeitenden erfassen.
  
- 23 • Unternehmen dazu verpflichten, in der gesamten Wertschöpfungskette  
24 Sorgfalt walten zu lassen. Hierfür darf das Gesetz nicht hinter die  
25 Anforderungen zurückfallen, wie sie die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft  
26 und Menschenrechte formulieren, und muss sicherstellen, dass Unternehmen  
27 ihr Risiko analysieren, wirksame Maßnahmen ergreifen und darüber  
28 berichten.
  
- 29 • beinhalten, dass die Missachtung der Sorgfaltspflichten an öffentlich  
30 rechtliche Sanktionen wie Bußgelder, den Ausschluss von öffentlichen  
31 Vergabeverfahren und von der Außenwirtschaftsförderung geknüpft ist.
  
- 32 • beinhalten, dass Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen haften, die  
33 durch ihre Missachtung von Sorgfaltspflichten entstanden sind.





ZdK

Zentralkomitee  
der deutschen Katholiken

**A8NEU**

# Antrag

## Initiator\*innen:

**Titel: Ursachen erkennen – Verantwortung übernehmen – Konsequenzen ziehen (Redaktionsgruppe)**

---

## Antragstext

1 Sexualisierte Gewalt ist seit langem ein strukturelles Problem in der  
2 katholischen Kirche. Das Leid der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die von  
3 sexualisierter Gewalt in der katholischen Kirche betroffen sind, erschüttert  
4 uns. Täter und Täterinnen sind nicht nur diejenigen, die aktiv missbrauchen,  
5 sondern auch alle, die vertuschen, verharmlosen und eine offene und transparente  
6 Aufdeckung der Taten behindern.

7 Die Kirche muss sich dieser schweren Schuld bedingungslos stellen. Wer  
8 Verantwortung trägt, muss diese auch übernehmen und aus Versagen Konsequenzen  
9 ziehen – das betrifft alle Leitungsverantwortliche, in erster Linie die  
10 Bischöfe. Weggesehen und geschwiegen haben in Fällen sexualisierter Gewalt über  
11 Jahrzehnte auch kirchlich engagierte Christinnen und Christen ohne Weiheamt.

12 Wir bedauern, dass wir als Zentralkomitee der deutschen Katholiken nicht schon  
13 vor 2010 das Thema in den Blick genommen haben. Wir bekennen, dass auch wir das  
14 Leid der Betroffenen oft nicht an uns herangelassen haben und diesbezüglich noch  
15 Lernende sind.

16 Wir sind ernüchtert, beschämt und zornig, dass sexualisierte Gewalt in der  
17 Kirche immer noch vertuscht wird. Bis heute bekennen sich zu wenige  
18 Verantwortliche zu ihrem Tun und Unterlassen. Wenn konsequent und schonungslos  
19 aufgearbeitet wird, unterstützen wir dies. Wir sehen jedoch, dass es noch immer  
20 Bischöfe und weitere Leitungsverantwortliche gibt, die ihre Macht missbrauchen,  
21

22 keine persönliche und institutionelle Verantwortung übernehmen und nicht zu  
23 strukturellen Veränderungen bereit sind. Wir fordern eine freimütige Diskussion  
24 auch innerhalb der Kirche und verurteilen jede Form, solche Diskussionen -  
womöglich sogar mit arbeitsrechtlichen Instrumenten - zu unterbinden.

25 Aktuell sind wir Zeuginnen und Zeugen intransparenter Vorgänge im Erzbistum  
26 Köln. Wir fordern, diese vollständig offen zu legen und insbesondere die  
27 Ergebnisse aus dem Gutachten der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl zugänglich zu  
28 machen. Außerdem muss für weitere Untersuchungen eine unabhängige Kommission  
29 vergleichbare Prozesse und anzuwendende Methoden definieren und die Ergebnisse  
30 diözesanübergreifend evaluieren.

31  
32 Im Juni 2020 hat die DBK mit der Bundesregierung eine „Gemeinsame Erklärung über  
33 verbindliche Kriterien und Standards für eine unabhängige Aufarbeitung sexuellen  
34 Missbrauchs in der katholischen Kirche in Deutschland“ unterzeichnet. Wir  
35 fordern die Bischöfe auf, die Vereinbarung in ihren Bistümern konsequent und  
36 entschlossen umzusetzen.

37 Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken verpflichtet sich, die Aufarbeitung  
38 kritisch zu begleiten. Dafür mandatiert das ZdK eines seiner Gremien, das  
39 Gespräch mit den Betroffenen zu suchen, mit ihnen gemeinsame Perspektiven zu  
40 entwickeln und Kontrollinstanzen zu überlegen, die Fortschritte in der  
41 Aufarbeitung sicherstellen können. Parallel sollen notwendige Reformen der  
42 katholischen Kirche im Zuge des synodalen Weges vorangetrieben werden. Leitend  
43 muss die Perspektive der Betroffenen sein.



ZdK

Zentralkomitee  
der deutschen Katholiken

**A9NEU**

# Antrag

**Initiator\*innen:**

**Titel:** Antrag auf Änderung der TO

## Antragstext

1 TOP 2 (nach Bericht zur Lage)

2 Anträge

- 3 • Ggf. Initiativantrag (vorher in die Tagesordnung aufnehmen)
- 4 • Antrag zu einem europäischen Katholikentag 2026 (WVL)
- 5 • Antrag „Mehr Mitbestimmung ermöglichen“
- 6 • Antrag „Reformierung des ZdK“

7 TOP 8 (Samstag in der Früh)

8 Anträge

- 9 • Antrag „Menschenwürde darf nicht von der Kaufkraft abhängen“
- 10 • Antrag „Mindestlohn“
- 11 • Antrag „Sonntagsöffnung“
- 12 • Antrag „Lieferketten“